

Antragsteller:

Der Bürgermeister
als Straßenverkehrsbehörde
Hauptstraße 60
61200 Wölfersheim

Antrag auf

- ☐ Erteilung einer Erlaubnis zur Durchführung einer Veranstaltung auf öffentlichen Verkehrsflächen nach § 29 Abs. 2 StVO
☐ Erlass einer verkehrsrechtlichen Anordnung gem. § 45 Abs. 1 StVO für eine Veranstaltung

Anlagen:

- ☐ Streckenskizze / Lageplan inkl. Umleitungs-, Beschilderungsplan und Sicherheitskonzept
☐ Erklärung des Veranstalters
☐ Beschreibung der Streckensicherung (Ordner etc.)
☐ Nachweis Veranstalterhaftpflichtversicherung
☐ Nachweis für die Eignung und Qualifikation des Verantwortlichen gem. StVO (Schulungsnachweis für den Verantwortlichen der Straßensperrung)

Veranstalter	
Verantwortlicher	Telefon
Anschrift	E-Mail-Adresse

Angaben zur Veranstaltung

Art und Anlass der Veranstaltung (z. B. Festumzug, Sponsorenlauf, Volkslauf, Sportveranstaltung, Radtouristikfahrt)	
Gemeinde (Ortsteil)	Tag
Zeitraum (Uhrzeit von/bis)	Start und Ziel (Ort)
Zahl der voraussichtlichen Teilnehmer:	Werden Festwagen/Fahrzeuge verwendet? ☐ nein ☐ ja, Art:
Streckenverlauf (Streckenbezeichnung)/Flächen, auf denen öffentlicher Verkehrsgrund in Anspruch genommen wird (Lageplan mit Streckenplan beilegen)	

Angaben zur Anordnung gem. § 45 Abs. 1 StVO

Straßenbezeichnung: (Straßenname)
Straßenzug bzw. Streckenbezeichnung (Bundes-, Landes-, Kreisstraße Nr.) zwischen km und km:
Streckenlänge:
Art der Verkehrsbeschränkung:
Umleitungsstrecke (Straßenbezeichnung) – Streckenskizze anliegend:

Ort, Datum

Unterschrift des Veranstalters/Verantwortlichen

Veranstaltererklärung:

Für den Veranstalter gebe ich/geben wir folgende Erklärung ab:

1. Mir/uns ist bekannt, dass die Veranstaltung eine Sondernutzung im Sinne des § 8 Bundesfernstraßengesetz (FStrG) darstellt, auch wenn aufgrund einer Straßenverkehrsrechtlichen Erlaubnis oder Ausnahmegenehmigung keine eigenständige Sondernutzungserlaubnis nach § 16 HStrG erforderlich wird. Mir/uns ist ferner bekannt, dass der Erlaubnisnehmer alle Kosten zu ersetzen hat, die dem Träger der Straßenbaulast durch die Sondernutzung entstehen und gefordert werden.

2. Mir/uns ist bekannt, dass der Träger der Straßenbaulast und die Straßenverkehrsbehörde keinerlei Gewähr dafür übernehmen, dass die Straßen samt Zubehör durch die Sondernutzung uneingeschränkt benutzt werden können. Den Träger der Straßenbaulast trifft im Rahmen der Sondernutzung keinerlei Haftung wegen Verletzung der Verkehrssicherungspflicht.

3. Soweit die zuständigen Behörden aus Anlass der Veranstaltung Aufwendungen für besondere Maßnahmen verlangen können, verpflichte ich mich/verpflichten wir uns, diese zu erstatten.

4. Über den nach der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift zu § 29 Abs. 2 Straßenverkehrs-Ordnung (StVO) für Veranstaltungen vorgeschriebenen Umfang von Haftpflichtversicherungen sowie ggf. notwendigen Unfallversicherungsschutz bin ich/sind wir informiert. Eine Bestätigung zu dem von der Erlaubnisbehörde verlangten Versicherungsschutz

☐ ist beigelegt

☐ liegt bereits vor.

Mir/uns ist bekannt, dass ohne eine solche Bestätigung die Erlaubnis nicht erteilt werden kann.

Ort, Datum

Unterschrift des Veranstalters/Verantwortlichen

Veranstaltungen auf Straßen gem. § 29 Abs. 2 StVO

Stellungnahme der für den Veranstaltungsort zuständigen Gemeinde- bzw. Stadtverwaltung

Bezeichnung und Datum der Veranstaltung

I. Stellungnahme der Gemeinde als Straßenbaulastträger (gem. § 29 Abs. 2 StVO)

- ☐ Gegen die Veranstaltung bestehen keine Bedenken
☐ Gegen die Veranstaltung bestehen folgende Bedenken (ggfls. Rückseite oder Zusatzblatt benutzen):

II. Umsetzung der verkehrsrechtlichen Anordnung der Verkehrsbehörde nach § 45 Abs. 1 StVO:

Hinweis:

Durch eine Erlaubnis nach § 29 Abs. 2 StVO entfällt eine Sondernutzungserlaubnis (§ 16 HStrG). Die Verkehrsbehörde muss jedoch Bedingungen, Auflagen und Sondernutzungsgebühren, die von der sonst für Sondernutzungserlaubnisse zuständigen Stelle gefordert werden, dem Veranstalter auferlegen.

1. Die Verantwortung des Straßenbaulastträgers aus § 45 Abs. 5 Satz 1 StVO für die Gemeindestraßen:

- ☐ wird abgelehnt (in diesem Fall muss die Erlaubnis für die Veranstaltung versagt werden).
☐ wird übernommen. Eine Kostenübernahmeerklärung des Veranstalters ist:
☐ notwendig ☐ nicht notwendig (die Kosten werden von der Gemeinde übernommen).

Ort, Datum

Stempel und Unterschrift / Straßenbaulastträger